

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Senft **3** Silvio Gesells Argentinien – Wirtschaftsentwicklung und Währungspolitik in Argentinien 1880 bis 1900
- Edoardo Beretta **15** Silvio Gesells Internationale Valuta-Assoziation – Das Gestern und Heute eines noch aktuellen Beitrags zur Reform der globalen Währungsordnung
- Thomas Betz **25** Von der klassischen Geldhortung zum modernen Investmentbanking – Fluchtwege des Geldes aus der Realwirtschaft und wie sie zu verhindern wären
- Felix Wilke **36** Geldkonzepte in Soziologie und Freiwirtschaft – Unterschätzte Dimensionen der Wahlfreiheit
- Hans-Günter Wagner **46** Geld, Arbeit und Natur in der buddhistischen Ökonomie
- 57** Berichte - Bücher - Veranstaltungen
- 87** 51. Mündener Gespräche "Jenseits von Kapitalmacht und Lohnabhängigkeit"

# Von der klassischen Geldhortung zum modernen Investmentbanking: Fluchtwege des Geldes aus der Realwirtschaft und wie sie zu verhindern wären

Thomas Betz

Am 17. März 1862, also vor 150 Jahren, wurde der Geld- und Sozialreformer Silvio Gesell geboren – im damals deutschen, heute belgischen St. Vith als Sohn eines deutschen Vaters und einer französischen Mutter. Er ist der Begründer der Freiwirtschaftslehre, der Entdecker der Bedeutung der Geldhortung, der Entwickler des Therapievorschlages Umlaufsicherung, der Erfinder des Freigelds.

1887 ging Gesell nach Buenos Aires, wo er sich als Kaufmann selbstständig machte und mit deutscher Medizintechnik handelte. Die heftigen Wirtschaftskrisen des Landes beeinflussten nicht nur seine Geschäftstätigkeit, sondern auch sein Nachdenken über die Problematik des Geldwesens. 1891 veröffentlichte Gesell seine erste geldtheoretische Schrift: „Die Reformation des Münzwesens als Brücke zum sozialen Staat“. Es folgten „Nervus rerum“ und „Die Verstaatlichung des Geldes“.

1892 kehrte er zunächst nach Europa zurück und ließ sich in der Schweiz nieder, wo er einen Bauernhof erwarb. Neben seiner Arbeit in der Landwirtschaft widmete er sich volkswirtschaftlichen Studien und Veröffentlichungen. Von 1907 bis 1911 lebte Gesell wieder in Argentinien und zog dann in die vegetarische Obstbaugenossenschaft Eden in Oranienburg nördlich von Berlin.

Im April 1919 wurde er in die Revolutionsregierung der Münchner Räterepublik nach München gerufen. Diese ernannte ihn zu ihrem „Volksbeauftragten für das Finanzwesen“. Seine Amtszeit dauerte allerdings nur sieben Tage. Nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik geriet Gesell zunächst mehrere Monate in Haft. Er wurde wegen Hochverrats angeklagt, schließlich aber

von einem Münchner Standgericht aufgrund seiner berühmt gewordenen Selbstverteidigungsrede freigesprochen. 1924 folgte nochmals ein Aufenthalt in Argentinien. Ab 1927 wohnte er wieder in Eden, wo er am 11. März 1930 an einer Lungenentzündung starb.

## **Gesells Rezept gegen den strukturellen Vorteil des Geldes und gegen die Krise: Rostende Banknoten als Mittel zur Überwindung von Geldhortung und Urzins**

Bereits zu seinen Lebzeiten wurden seine Gedanken anhand einer Fülle von Broschüren, Büchern, Aufsätzen und Vorträgen in deutscher und spanischer Sprache verbreitet. 1916 erschien sein Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Lange Zeit wurde er vielfach als Außenseiter stigmatisiert und ignoriert. Aber seitdem im Zuge der Finanzkrise unkonventionelle Ideen auch in der öffentlichen Diskussion wieder populärer geworden sind, ist auch wieder mehr von Silvio Gesell und seinen Gedanken die Rede. Aber was wollte er?

Für Gesell<sup>1</sup> sind alle Güter von Natur aus mit Durchhaltekosten belastet, d.h. sie verwittern, verfaulen, veralten. Geld hat keine bzw. weit geringere Durchhaltekosten. Deshalb ist der Geldhalter – und insbesondere der wohlhabende, der also unter keinem sofortigen Zwang zum Konsumieren steht – im Vorteil gegenüber dem Halter von Gütern. Er kann es sich leisten, zu warten, ohne einen (dem Güterhalter) vergleichbaren Wertverlust zu riskieren und zu realisieren. Dadurch kann er die Unterlegenheit des Güterhal-

ters ausnutzen: Er verlangt ihm einen Abschlag ab, den sog. Urzins. Weil der Urzins durch reine Kaufzurückhaltung bzw. Kaufverzögerung bzw. „Horten“ (des Geldes) erzwungen werden kann, ist er auch dann fällig, wenn Geld verliehen und für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt wird.

Das erinnert nicht zufällig an die Keynesische Liquiditätsprämie: Für Keynes ist die sog. Liquiditätsprämie bzw. Liquiditätsverzichtsprämie die – allerdings selbst nicht-monetäre – Ertragsrate der Geldhaltung gegenüber der Option, „reale“ bzw. konkrete Konsum- oder Investitionsgüter zu halten, die nicht, jedenfalls nicht vergleichbar, liquide sind. Die Liquiditätsprämie auf Geld bestimmt nun den – monetären – Zinssatz und dieser – da dem Investitions- und Produktionsprozess vorgeschaltet – die Untergrenze des mindestens zu erwirtschaftenden Profits.

Weil das Geld eine Monopolstellung sowohl als Tauschmittel als auch als Wertaufbewahrungsmittel genießt, kann der Geldbesitzer sich für die Nichtwertaufbewahrung per Geld durch den Zins entschädigen lassen. Keynes und Gesell bestreiten also beide, dass der Zins etwas mit Konsumverzicht zu tun hat, mit „Produktivität des Geldkapitals“ etwa, mit „Sparprämie“, „Warteprämie“ o.ä., sondern der Zins ist einzig und allein eine Belohnung für die Aufgabe von Liquidität und in seiner Höhe ein Maß für die Abneigung der Geldbesitzer, sich von ihren liquiden Mitteln zu trennen. Mit der Verfügungsgewalt über Geld hinsichtlich der Entscheidung, Geld nun zu halten oder zu investieren, dominiert das Geldkapital den gesamten Wirtschaftsprozess. Alle ökonomischen Vorgänge werden grundsätzlich von der Verfügungsgewalt der Geldbesitzer über ihre Geldvermögensbestände bestimmt. Variationen in der Neigung zur Geldhaltung bestimmen die Liquiditätsprämie und somit die Höhe des Geldzinses.

Dieser Geldzins bestimmt nun auch die Profitrate der Produktion (in der sog. Realsphäre): Eingesetztes Sachkapital ist vorgeschossenes Geld des Geldkapitals und muss als solches in Höhe des Kredit- bzw. Geldzinses refundiert werden. Damit ist ein Rentabilitätswang in Höhe des Geldzinses (als Untergrenze) in die Welt gesetzt.

Der Profit des Sachkapitals ist also keine eigenständige Größe, sondern eindeutig bestimmt durch die Liquiditätsprämie. Indem das Geldkapital das Geldangebot knapp hält, zwingt es zur Knapphaltung der Produktion. Beide – Keynes wie Gesell – bestreiten also, dass die Entstehung des Profits in erster Linie mit dem Privatbesitz an Produktionsmitteln zu tun hat, und setzen sich damit auch in diametralen Gegensatz zur marxistischen Perspektive. Auch im Hinblick auf die Analyse von Krise und Arbeitslosigkeit stimmen die beiden in ihren Grundthesen überein: Im Konjunkturabschwung sinkt die Liquiditätspräferenz nicht etwa, sondern sie hat im Gegenteil sogar die Neigung, weiter anzusteigen; jedenfalls bleibt der dadurch induzierte Zinssatz über dem Vollbeschäftigungs-Gleichgewicht. Ein Selbstverstärkungsprozess ist in Gang gekommen.

Die solcherart entstandene Zinsbarriere ist die Ursache für Krise und Arbeitslosigkeit und hat ihrerseits ihre letzte Ursache in der offensichtlich problematischen Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel. So wie im Konjunkturaufschwung die Sachkapitalbildung durch Verzicht auf Geldhaltung ermöglicht wird, so wird auch die Sachkapitalbildung durch die Grenzen der Bereitschaft zur Geldhergabe beschränkt. In der Krise wird nun die so notwendige Verbilligung der Kredite durch die gleich bleibend hohe – bzw. noch höher werdende – Liquiditätspräferenz verhindert und damit auch eine Erweiterung der Produktion auf Vollbeschäftigungsniveau. Im Gegensatz zur klassischen Schule ist hier also die Krise nicht etwa Folge eines Kapitalmangels aufgrund zu geringen Konsumverzichts, sondern geradezu im Gegenteil Folge einer Knapphaltung von zurückgehaltenem Geld. Das Geldkapital löst die Krise aus und beendet sie erst wieder, wenn die Profiterwartungen auf den Gütermärkten das Niveau der Liquiditätsprämie erreichen.

Das zeigt sich auch einmal mehr in der gegenwärtigen (welt-)wirtschaftlichen Situation: Sie ist u.a. gekennzeichnet durch den erfolglosen Versuch der Zentralbanken, sowohl durch eine Absenkung des angeblichen „Leitzinses“ fast auf Null sowie durch diverse Geldschwemmen alias „dicke Berta“ einen Marktzins unterhalb

der Liquiditätsprämie zu etablieren. Ergebnis: Die Geldschwemmen landen direkt in der Abteilung „Hortung“ (s.u.) und die Banken freuen sich über noch günstigere Refinanzierungsmöglichkeiten. Eine (real-)wirtschaftliche Belebung ist nicht in Sicht, dafür Inflation und Währungsreform. Und Risikokapital – beispielsweise für südeuropäische Staatsanleihen – verlangt ungeachtet der permanenten Stützung durch die EZB immer höhere Zinsen.

Gesell will nun eine konsequente staatliche Rahmenrechtsordnung schaffen, die die Macht des Geldes über den Güter- und Arbeitsmarkt überwindet, indem sie die permanente Wirksamkeit des Geldes als private Nachfrage sicherstellt und dadurch das Geld zum tatsächlich neutralen Tauschmittel macht. Sodann hat es keinen autonomen Einfluss auf die Allokation der Ressourcen, auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie auf die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung mehr. Nicht die Marktwirtschaft soll beseitigt werden, sondern der „monetäre Defekt“ derselben, um die bislang eingeschränkten Selbstregelungs- und Selbstheilungskräfte des Marktes erst voll zur Entfaltung zu bringen. Dem Geld soll seine auf seinem Liquiditätsvorteil beruhende strukturelle Macht genommen werden; und zwar dadurch, dass es (im Falle eines Rückzugs in die Nachfragenunwirksamkeit) mit Durchhaltekosten belastet und somit einer sog. Umlaufsicherung unterworfen wird.

Gesell selbst entwickelte die Idee von Geldscheinen, die in regelmäßigen Abständen (z.B. einmal monatlich) mit Wertmarken beklebt werden müssen, damit das Geld seine Gültigkeit behält. Irving Fisher, jedenfalls zeitweise begeistert<sup>2</sup> von Gesell, hat ein Buch „Stamp Scrip“ („Briefmarken-“, bzw. „Stempelgeld“) geschrieben. Das regelmäßige Abstempeln der Scheine wurde ebenfalls bereits diskutiert. In jüngerer Vergangenheit hat der Ökonom Marvin Goodfriend<sup>3</sup> die Idee modernisiert und den Gedanken von in die Geldscheine eingearbeiteten Magnetstreifen in's Spiel gebracht, in die der periodische Wertverlust einprogrammiert ist und die mit entsprechenden Lesegeräte an den Kassen korrespondieren. Grundsätzlich wird die prinzipielle Funktionstüchtigkeit des „Gesell money“

auch von konventionellen und zeitgenössischen Ökonomen immer wieder bestätigt.<sup>4</sup> Elegant wird die Idee der Umlaufsicherung schließlich in Verbindung mit bargeldlosem Zahlungsverkehr, wo eine Wertminderung der geparkten Liquidität flexibel, kontinuierlich, (Missbrauchs-)sicher und kostengünstig realisiert werden könnte.

Durch die Umlaufsicherung soll das Geldkapital in jeder Situation veranlasst werden, als wirksamer Nachfrager von Konsum- und Investitionsgütern auf dem Markt zu erscheinen; auch bei rückläufiger Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals. Der Marktzins sowie die Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals würden dann allmählich gegen Null absinken und die kapitalistische Marktwirtschaft dadurch in eine „nachkapitalistische Marktwirtschaft“ übergehen. Der Zins würde nicht etwa vollständig abgeschafft, sondern er pendelte in einer gewissen Bandbreite um Null und sorgte damit als Knappheitsindikator für eine optimale Lenkung der Kapitalströme in die bedarfsgerechte Investition. Für die Erhaltung der Lenkungsfunktion des Zinses wären dann allerdings die bislang bekannten Höhen der Zinssätze nicht mehr erforderlich. Das Geld, nunmehr echtes allokationsneutrales Tauschmittel, vermittelte jetzt einen wirklich gerechten Austausch von Leistungen und Gegenleistungen. Das Geld wirkte verteilungsneutral, d.h. bestehende Einkommens- und Vermögensunterschiede könnten nicht noch größer werden bzw. nur noch durch tatsächliche Leistungsunterschiede. Eine elementare Voraussetzung für die Bändigung sowie den Abbau sozialer Gegensätze wäre damit geschaffen.

### **Keynes' kritische Würdigung von Gesells Geldreformansatz & Johannsens Diagnose und Therapie der Krise**

Keynes anerkennt in seinem Hauptwerk, der „General Theory“, ausdrücklich die Leistungen Gesells, lobt ihn seitenweise – was sonst niemandem zuteil wird – und gipfelt schließlich in dem bekannt gewordenen Resümee: „Die Welt wird noch mehr vom Geiste Gesells lernen als von Karl Marx.“ Er anerkennt auch den Gesell-

schen Reformvorschlag der Umlaufsicherung insofern, als er ihm zubilligt, dass „der Grundgedanke“ gesund ist, aber er will ihn nicht mittragen.

Warum nicht? Kehren wir zunächst zurück zur klassischen Geldhortung und wenden uns dem leider etwas in Vergessenheit geratenen, aber in den 1980er Jahren vom freiwirtschaftlich orientierten Autor Dieter Suhr wiederentdeckten deutsch-amerikanischen Ökonomen Nicholas Johannsen (1844-1928) und seiner „Depressions-theorie“ zu. Johannsen hat nicht nur Teile der Keynesschen Theorie vorweggenommen, sondern auch fast zeitgleich mit Gesell den Gedanken eines Geldes entwickelt, das dem jeweiligen Besitzer einen zeitabhängigen Verlust einbringt und sich deshalb nur eingeschränkt als Wertaufbewahrungsmittel eignet. Johannsen hat aber auch Gesell gegenüber zugestanden, die Idee umlaufgesicherten Geldes vor ihm publiziert zu haben.

Für Johannsen liegt die Ursache jeder ökonomischen Depression im Mangel an Nachfrage, die er wiederum auf die Spartätigkeit zurückführt, die für ihn zunächst gleichbedeutend ist mit Geldhortung, eine „das Volkswohl schädigende Tendenz“. Eine Neutralisierung dieser Spartätigkeit ist nur möglich, wenn das Ersparte in einer bestimmten Weise zum Aufbau neuen Produktivkapitals genutzt, also in die Nachfrage nach Investitionsgütern gelenkt wird. Das klingt nunmehr fast „klassisch“. Von dieser von ihm sog. „kapitalistischen Sparform“ grenzt er aber die „störende Sparform“ ab. Damit ist gemeint, dass das Ersparte zum Erwerb bereits bestehender Güter (Häuser, Fabriken, Antiquitäten, Aktien, Edelmetalle usw.) verwendet wird.

Bei der „kapitalistischen Sparform“ wird die jeder Spartätigkeit innewohnende schädigende Tendenz, die ihre Ursache im Nachfrageausfall nach Verbrauchsgütern findet, durch eine entsprechende Mehrnachfrage nach Investitionsgütern neutralisiert. Bei der „störenden Sparform“ ist dies nicht der Fall; vielmehr kann sich der – von der Spartätigkeit als solcher ausgehende und nicht durch die „kapitalistische“ Sparform neutralisierte – Nachfrageausfall in Form des von Johannsen entdeckten „multiplizieren-

den Prinzips“ (das später von Keynes als „Multiplikator“ aufgegriffen wurde) fortpflanzen, da er zu entsprechenden Einkommensverlusten bei den Produzenten führt, die darauf ihrerseits mit verringelter Nachfrage reagieren müssen.

Johannsen geht davon aus, dass mit fortschreitender ökonomischer Entwicklung bzw. jedenfalls innerhalb eines Konjunkturzyklus eine allmähliche Verlagerung vom Sparen in der „kapitalistischen Form“ zum Sparen in der „störenden Form“ vonstatten geht. Ein noch so gutes Investitionsklima kann nicht verhindern, dass so lange Investitionen in der Realsphäre getätigt werden, bis es zu Sättigungstendenzen kommt und sich Investitionen tatsächlich immer weniger lohnen.

Gesamtwirtschaftlich gesehen hat die Nachfrage nach allem, was nicht neu produziert wurde (also z.B. auch nach Gebrauchtwagen), die gleichen Auswirkungen wie das direkte, unmittelbare Horten von Geld – insbesondere dann, wenn es sich nicht nur um einen „vorübergehenden Ausflug“ des Sparkapitals in den Bereich von Kunstgegenständen, Immobilien, Edelmetallen, Aktien, Finanzderivaten etc. handelt, sondern wenn es auf Dauer dort verbleibt, etwa, weil es sich dort besser „vermehrten“ lässt als in der Realsphäre. Dies verdeutlicht, dass nicht nur die eigentliche Geldhortung im klassischen Sinne, also die Kassenhaltung, sondern auch die Verlagerung der Nachfrage von „kapitalistischer“ in „störende Ersparnis“, gewissermaßen die Geldhortung im weiteren Sinne, höchst problematisch sein kann.

Diesbezüglich ist zusammen mit Gesell auch Johannsen hochaktuell, denn er beschreibt nichts weniger als die gegenwärtige ökonomische Realität, die eben gekennzeichnet ist von einer immer höheren Nachfrage nach „Gütern“, die mit Nachfrage nach Konsumgütern, aber auch nach Investitionsgütern, also mit Nachfrage im Sinne von Realökonomie, nicht mehr das Geringste zu tun hat. Es ist bereits seit Jahren Legende, dass die immer schneller größer werdenden Geldmengen immer weniger realökonomisch induziert sind, dass immer kleinere Bruchteile der Geldmenge(n) ausreichend wären, unsere eigentliche (reale) Ökonomie zu bewerkstelligen. Symptomatisch für das Ganze ist eine

Mogelpackung namens „Investmentbank“, die mit allem Möglichen zu tun hat, etwa mit dem Handel und der Spekulation mit Devisen und Wertpapieren jedweder Art, aber auch mit der „Kreation“ neuer Finanzinstrumente, mit der kreditären Aufhebung von Risiken, mit der Finanzierung der Übernahme bestehender Betriebe durch Hedgefonds – aber nur mit einem nicht: nämlich mit „Investment“, mit echter Investition in der echten Realsphäre!

Der dauerhaften Zirkulation des Geldes in der Sphäre der nichtrealen Ökonomie, also der Geldhortung im weiteren Sinne muss genauso entschieden entgegnet werden wie der „klassischen“, der Geldhortung im engeren Sinne. Die Beschränkung auf das Bezähmen der Geldhortung im engeren Sinne, also die singuläre Belastung von Geld mit Durchhaltekosten könnte die Gefahr in sich bergen, dass das Ausweichen in die virtuelle Sphäre, also in die Geldhortung im weiteren Sinne, sogar noch intensiviert wird und die Realsphäre einmal mehr zu kurz kommt. Sowohl Gesell selbst als auch Keynes haben diese Gefahr klar gesehen, kommen aber zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen:

Wie bereits erwähnt, wollte Keynes das Konzept der Umlaufsicherung nicht mittragen (s.o.). Er hat darauf hingewiesen, dass bei der Einführung von Banknoten, deren Liquiditätsvorteil neutralisiert wird, „eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten“ würde, z. B. „Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und [...] Edelmetalle“.<sup>6</sup> Auch Keynes wusste natürlich, dass die Liquidität der genannten Ersatzmittel zwar hoch, aber mit echtem Geld nicht wirklich vergleichbar war. Allerdings war er offenbar auch der Meinung, dass die Liquiditätsprämie besagter Ersatzmittel höher sein musste als die des seiner Liquiditätsprämie nunmehr beraubten Geldes und diese deshalb dessen Funktion als Wertspeicher bzw. Hortungsinstrument zumindest teilweise übernehmen würden.

Silvio Gesell hingegen sah für den Fall der Einführung des Freigeldes, also des umlaufgesicherten bzw. des mit Durchhaltekosten belasteten Geldes, ohne stabilisierende Begleitmaßnahmen zwingend das Ausweichen der Hortung in

die Bodenspekulation und hat deshalb selbst seine Reform immer als eine kombinierte Geld- und Bodenreform betrachtet und auch entsprechend propagiert; ein Umstand, der von seinen Anhängern und geistigen Erben oft nicht deutlich genug rezipiert wurde. Teil- und zeitweise führte der Aspekt der Bodenreform innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung auch – völlig zu Unrecht – ein nur stiefmütterliches Dasein. Und bis heute wird der Begriff Freiwirtschaft im Allgemeinen korrekt assoziiert mit Zinskritik und Geldreform, hingegen selten bis nie mit Bodenreform. Gesell hingegen plädierte eigentlich von Anfang an dafür, dass die Reform des Geldwesens, die Etablierung von Freigeld, begleitet werden müsste von der Etablierung von „Freiland“, also von einer allgemeinen Enteignung von Grund und Boden, die allerdings finanziell entschädigt werden sollte.

### **Über Gesell hinausgehende Reformmaßnahmen: Tobin Tax, Börsenumsatzsteuer, Bancor, Schließung von Steueroasen und Entschuldung**

Ein weiteres Instrument, um der Geldhortung im weiteren Sinne zu entgegnen, ist eines, auf das Silvio Gesell noch nicht kommen konnte – und zwar deshalb nicht, weil es den computerisierten und auch generell den nicht realwirtschaftlich induzierten Handel mit Devisen in großem Stil zu seiner Zeit noch gar nicht gab. Die Tobin Tax ist die Idee einer Devisenumsatzsteuer, benannt nach dem Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin, der 1972 zum ersten Mal eine weltweit einheitliche Steuer auf spekulative internationale Devisentransaktionen vorgeschlagen hat. Hintergrund ist der Umstand, dass aufgrund winziger Kursänderungen bzw. auch nur der Spekulation darauf riesige Geldmengen bewegt werden, die nur noch in der (ökonomischen Mainstream-)Theorie für Gleichgewicht sorgen, in der Realität hingegen für Selbstverstärkungsprozesse, die die Kurse und Marktpreise teilweise weit vom realwirtschaftlich gerechtfertigten Wert wegtreiben, starke Volatilität (Schwankungsbreite, an der wiederum gut verdient werden kann) herbeiführen und die realwirtschaftliche

Situation insgesamt destabilisieren; ein Sachverhalt, den erfahrene und erfolgreiche Spekulanten wie George Soros gerne bestätigen.

Die Idee der Tobin Tax ist nun, jeden Umsatz, also jeden Wechsel in eine Fremdwährung, mit einer Steuer von – beispielsweise – 0,25% zu belegen. Das würde nunmehr dazu führen, dass spekulative Geschäfte, die ja immer sowohl den Ankauf wie auch den Verkauf der Fremdwährung zum Inhalt haben, mindestens 0,5% Gewinn „erwirtschaften“ müssten, was aber in den allermeisten Fällen nicht der Fall ist, in denen teilweise auf sehr geringe Änderungen im Bereich der 4., 5., 6. Nachkommastelle gewettet wird. Ergo würden diese (destabilisierenden) Geschäfte nicht mehr getätigt werden. Real induzierte Devisengeschäfte würden hingegen nicht beeinträchtigt (und mit 0,25% auch nur marginal belastet).

Ähnliches gilt für die Börsenumsatzsteuer, also die Belegung jedes Kaufs bzw. Verkaufs eines börsengehandelten Wertpapiers – auch im Inland – mit einer entsprechenden Steuer. Eine solche Börsenumsatzsteuer gibt es in den ansonsten in Finanzdingen hoch gelobten Ländern England und der Schweiz bis zum heutigen Tage und wurde dort im Prinzip auch nie in Frage gestellt. In Deutschland hingegen wurde sie 1991 abgeschafft. Das oben zum Devisenhandel Dargestellte gilt für den – nationalen wie internationalen – Wertpapierhandel entsprechend. Ein weit verbreitetes (und dennoch als „Argument“ benutztes) Missverständnis besteht darin, dass es sich beim Kauf einer Aktie um eine Investition in der Realsphäre handelt und entsprechend eine Börsenumsatzsteuer derartige Real-Investitionen behindern würde. Hingegen kann von einer wirklichen Real-Investition allenfalls bei der Neuemission von Aktien gesprochen werden, wo dem (teilweise auch wirklich neuen) Unternehmen auch wirklich finanzielle Mittel zum Erwerb von Investitionsmitteln bereitgestellt werden. Hingegen hat der Handel mit bereits emittierten Anteilsscheinen von Unternehmen (eben den Aktien) mit Realinvestition nichts mehr zu tun – und der Handel mit darauf basierenden Derivaten noch viel weniger. Vielmehr handelt es sich um „Geldhortung im weiteren Sinne“ (s.o.) in Reinkultur.

Auch der 1944 bei der Konferenz in Bretton Woods von Keynes selbst vorgeschlagene Plan<sup>7</sup> einer Weltwährung namens „Bancor“ gehört zu den Maßnahmen, die der Geldhortung (im weiteren, aber auch im engeren) Sinne entgegenwirken könnten. Gemäß Keynes' Bancor-Plan (der übrigens in Gesells "Internationaler Valuta-Assoziation" von 1920 einen Vorläufer hatte) sollten die am System teilnehmenden Staaten bei der International Clearing Union auf Bancor lautende Konten unterhalten und darüber ihren internationalen Handel abwickeln. Der Bancor würde dabei nicht in Notengeldform und auch nicht als nationale bzw. innerhalb der Nationen gültige Währung in Erscheinung treten, sondern als reine Verrechnungseinheit. Handelsüberschüsse würden zu Bancor-Guthaben führen, Handelsdefizite entsprechend zu negativen Salden. Permanenten Außenhandels-Defiziten sollte ebenso konsequent entgegengewirkt werden wie permanenten Außenhandels-Überschüssen. Eine destabilisierende Situation wie die heutige, in der Japan, China und Deutschland permanent Überschüsse realisieren, während andere, darunter das Weltleitwährungsland USA, permanente Defizite, wäre ebenso wenig denkbar wie der heutige Devisenhandel schlechthin. Denn im heutigen System muss das Leitwährungsland (die USA) Handelsdefizite realisieren, anders kann die Leitwährung nicht in die Welt kommen (sog. Triffin-Dilemma).<sup>8</sup> Und Devisenhandel in unserem heutigen Sinne wäre nicht nur überflüssig, sondern im Rahmen des Bancor-Systems auch gar nicht möglich. Keynes selbst hat betont, dass ein bedeutender Vorteil des Systems darin besteht, dass dabei nicht mehr Liquidität über Hortungsmechanismen dem Markt entzogen und dadurch deflationärer Druck mit Kontraktionswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausgeübt werden kann.

Die bereits seit langem – und nicht nur von attac – geforderte Schließung der Steueroasen wäre ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Eindämmung der Hortung im erweiterten Sinne, denn erst die Nichtbesteuerung macht das entsprechende Engagement ja so attraktiv gegenüber Investitionen in der Realsphäre. Würden die Anlagegelder durch die Schließung in ihre Heimat-

länder zurück gezwungen, wären sie auch wieder einer entsprechenden Besteuerung unterworfen. Eine kluge Steuergesetzgebung sollte dann aber auch Investitionen in die Realsphäre steuerlich entsprechend honorieren.

Und schließlich könnte einem beliebig großen Anteil der in der Spekulationssphäre wabernden Geldmenge durch schlechte Entschuldung der Garaus gemacht werden – zumindest theoretisch: Schulden würden entsprechenden Guthaben gegenüber- und schließlich glatt gestellt. Das könnte man dann auch Enteignung nennen. Die Light-Variante klingt weniger dramatisch: Besteuerung. Bei allem zu erwartenden politischen Widerstand könnte aber mit Recht kommuniziert werden, dass entsprechende Prozesse gar nicht so selten sind. Allerdings werden sie typischerweise nicht politisch-administrativ auf den Weg gebracht (wie hier angedeutet), sondern durch „Marktergebnisse“ wie Inflation, Staatspleiten, Währungszusammenbrüche o.ä. Wenn aber eine Umkehrung der Polarisierung (die Reichen reicher und die Armen ärmer) ohnehin auf Dauer unausweichlich ist, dann ist ein kontrollierter und im besten Sinne des Wortes „gesteuerter“ – eben durch Steuern gelenkter – Verlauf dem abrupten und chaotischen sicher vorzuziehen. Immerhin ist eine stärkere Besteuerung der Wohlhabenden bereits erfolgreich in die öffentliche Diskussion gebracht worden.

So wie die ausschließliche Fokussierung auf die Überwindung der Geldhortung im engeren Sinne die Gefahr eines Ausweichens in die Geldhortung im weiteren Sinne in sich trägt, so verhält es sich auch umgekehrt: Die soeben beschriebenen Maßnahmen können erst dann in vollem Umfang greifen, wenn sie mit Maßnahmen koordiniert werden, die die Geldhortung im engeren Sinne, also die klassische Hortung von Bargeld, aber auch die von Giralgeld und Tagesgeld, verhindern oder zumindest einschränken.

### **Gegenwärtige Dimensionen der klassischen Hortung**

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass jedenfalls in Deutschland bzw. Europa (s.u.) die Bargeldhaltung im ursprünglichsten Sinne

des Wortes, nämlich die buchstäbliche Haltung von Papiergeld, in der jüngsten Vergangenheit nicht etwa ab-, sondern vielmehr zugenommen hat.

In einer Studie für das „ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“ in Kiel haben die Ökonomen Nikolaus Bartzsch, Gerhard Rösl und Franz Seitz ermittelt, dass seit der Einführung des Euro-Bargelds der Umlauf deutscher Banknoten außerordentlich stark gestiegen ist<sup>9</sup>: Interessant ist zunächst, dass der Umlauf der DM-Noten von den Höchstständen in den Jahren 2000 und 2001 i.H.v. ca. 140 Mrd. Euro um gut die Hälfte auf ca. 70 Mrd. Euro zum Zeitpunkt der Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 gefallen ist; ein Hinweis darauf, dass ein erheblicher Anteil der Bargeldmenge für Schattenwirtschaft oder/und zum Zwecke klassischer Hortung gehalten wurde. Seitdem hätte theoretisch der Umlauf deutscher Banknoten proportional auf maximal 200 Mrd. Euro ansteigen dürfen, ist aber realiter auf ca. 360 Mrd. Euro angestiegen! Dabei sinkt der Anteil des Inlandsumlafs an den kumulierten Bargeld-Nettoemissionen der Deutschen Bundesbank ständig und hat sich seit dem Jahr 2002 sogar halbiert. Nur noch ein Drittel aller von der Deutschen Bundesbank netto ausgegebenen Euro-Banknoten findet im Inland Verwendung. Der Großteil geht also ins Ausland, der Großteil davon wiederum ins Ausland außerhalb des Euro-Raumes und davon wiederum ein Großteil nach Russland. Aber außerhalb des Euro-Raumes ist eher noch mehr davon auszugehen, dass das Bargeld in die Schattenwirtschaft oder/und in die Hortung fließt, denn in keinem Land außerhalb des Euro-Raumes ist der Euro (offizielles) Zahlungsmittel. Aber auch für das Inland gilt: „Der Anteil der inländischen Transaktionskasse ist mit 10% bis 15% verhältnismäßig gering. Der größere Teil des Inlandsumlafs deutscher Euro-Banknoten entfällt auf Hortungsbestände.“<sup>10</sup> Deren Anteil am gesamten Umlauf deutscher Euro-Banknoten wird auf bis zu 30% geschätzt.

Aber auch, wenn der Bargeldbegriff etwas weiter gefasst wird, gilt ähnliches<sup>11</sup>: Im zweiten Vierteljahr 2012 hat Warren Buffets Investmentholding „Berkshire Hathaway“ gegenüber dem



Vorquartal die Bestände liquider Mittel um 7,5% auf 40,5 Mrd. Euro ausgeweitet. Gemäß Statistiken der Europäischen Zentralbank hielten die privaten Haushalte in Deutschland im Juni knapp 790 Mrd. Euro Sichteinlagen und jederzeit verfügbares Tagesgeld auf ihren Bankkonten. Und auch deutsche Unternehmen parkten mit 270 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr 10% mehr auf ihren Tagesgeldkonten. Bei „geldnahen“ Vermögensformen wie deutschen Staatspapieren, deren Sicherheit wie deren Liquidität echtem Geld vergleichbar gilt, geben sich Anleger mittlerweile mit marginalen und unter Berücksichtigung der Inflation sogar mit negativen Renditen zufrieden. Der deutsche Ökonom Rudolf Hickel konstatiert: „Aus den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre spricht der englische Ökonom John Maynard Keynes von einer gefährlichen „Liquiditätsfalle“. Deutschland bewegt sich derzeit in dieser Falle: Geld im Überfluss findet wegen pessimistischer Erwartungen erst einmal nicht den Weg in die reale Wirtschaft. Stagnation, ja Deflation sind die Folge.“<sup>12</sup>

### Freigeld – 100%-Money – Vollgeld

Wie problematisch wäre die Etablierung einer Umlaufsicherung in unserer Zeit? – Silvio Gesells Freigeldtheorie ist das Resultat einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Goldwährungen der damaligen Zeit. Der Kampf gegen das Gold als wesentliches Element einer Währung war ihm auch Zeit seines Lebens eines seiner wichtigsten Anliegen. Die Goldwährung ist aber auch das Paradebeispiel für ein exogenes Geldsystem, in dem also die Geldmenge von außen – exogen – vorgegeben ist, weil die Menge des im Besitz der Zentralbank befindlichen Goldes die Geldmenge vorgibt. Entsprechend ist Gesells Konzept einer Umlaufsicherung auch auf ein exogenes Geldsystem zugeschnitten. Denn das moderne Kreditgeldwesen begann zu Lebzeiten von Silvio Gesell erst allmählich sich zu etablieren, und die wissenschaftliche Reflexion der makroökonomischen Konsequenzen desselben (Weltwirtschaftskrise) setzte erst nach Gesells Tod mit Irving Fishers „100% money“ 1935 ein.

Wir leben heute aber in einem endogenen Kreditgeldsystem, in dem die Geldmenge endogen, also gewissermaßen von innen heraus entsteht dadurch, dass Marktteilnehmer Kredite nachfragen. In der logischen Sekunde der Kreditgewährung entsteht auch das Geld, nicht davor und nicht danach. Mit der Kreditrückzahlung verschwindet das Geld auch wieder. Dabei erzeugt die Zentralbank mit ihrer Kreditvergabe an die Geschäftsbanken nur ca. 10% unserer modernen Zahlungsmittel, den Rest bewerkstelligen die Geschäftsbanken bei ihrer Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte ganz alleine.

Dieses System ist für sich genommen bereits problematisch<sup>13</sup>: Zuletzt diente ein Großteil der Geldschöpfung nur mehr bloßen Finanzgeschäften, die keinen Nutzen mehr für die Realwirtschaft, aber umso größeren Schaden für sie mit sich brachten. Börsen- und Konjunkturzyklen werden durch die verselbständigte Bankengeldschöpfung verantwortungslos in Extreme getrieben – manisch überschießend in Hochkonjunktur und Hausse, verstockt und depressiv in den nachfolgenden Überschuldungskrisen.

Das bestehende endogene Geldsystem ist auch ein Schulden-Schneeballsystem<sup>14</sup>, in dem nicht nur die Geldvermögen systemnotwendig immer größer werden, sondern auch die ihnen spiegelbildlich gegenüberstehenden Schulden: Der dem Geld in seiner bestehenden Form zugrunde gelegte Kredit kann immer nur glatt gestellt werden, indem an anderer Stelle ein Kredit entsteht, der aber mindestens um den Zinssatz höher sein muss als der vorangegangene. In einem solchen System kann es niemals ausgeglichene Haushalte geben, jedenfalls nicht bei allen und jedenfalls nicht beim Staat, jedenfalls nicht dann, wenn sich der private Sektor nicht mehr verschulden will oder kann.

In Deutschland hat sich vor einigen Jahren die Initiative (und seit März diesen Jahres der Verein) „Monetative“<sup>15</sup> um den Ökonomen und Entwickler der Idee des „Vollgeldes“<sup>16</sup> Joseph Huber gebildet. Sie möchte wieder ein exogenes Geldsystem re-etablieren, indem das Recht, Geld zu schöpfen, wieder zum Privileg der öffentlichen Hand gemacht werden soll. Denn: „Die Banken sind keinen gesamtwirtschaftlichen, geschweige

denn gesellschaftlichen Zielen verpflichtet. Ihnen die für die Allgemeinheit höchst folgenreiche Aufgabe der Geldschöpfung zu überlassen, ist ordnungspolitisch unvertretbar. In der modernen Gesellschaft ist die Geldordnung Teil der Rechtsordnung, tatsächlich eine Frage von Verfassungsrang.“<sup>17</sup>

Etwas ganz ähnliches ist bereits im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert geschehen, als die Nationalstaaten der immer weiter um sich greifenden privaten Geldschöpfung durch die Banknoten der Geschäftsbanken entgegentraten, indem sie das Recht, diese zu emittieren, staatlich und namentlich auf die Notenbank monopolisierten. Aber technischer Fortschritt in Verbindung mit der Praxis des bargeldlosen Zahlungsverkehrs versetzte die Geschäftsbanken immer mehr und immer besser in die Situation, dass der mit der Kreditgewährung eingeräumte Anspruch auf Auszahlung in Zentralbankgeld immer seltener tatsächlich in Anspruch genommen wurde. Stattdessen etablierte sich der pure Anspruch selbst immer mehr zum Zahlungsmittel. In diesem Sinne ist die Vollgeldreform auch nur der logisch nächste Schritt in der Entwicklung eines sich modernisierenden Geldwesens.

Nach einer Vollgeld-Reform wäre das Geld sicherer, denn auch das bargeldlose Vollgeld wäre aus den Bankbilanzen ausgegliedert und entsprechend von einer Bankleihe nicht betroffen.<sup>18</sup> Über- und Untersteuerung des Geldangebotes würden zumindest stark abgemildert. Spekulative Exzesse auf Pump wären ebenso wenig möglich wie das plötzliche „Verschwinden“ des Geldes in der Depression. Konjunktur- und Börsenzyklen würden moderater verlaufen. Die Geldmenge könnte nicht mehr nur vermeintlich, sondern tatsächlich von der Zentralbank kontrolliert und in Übereinstimmung mit der realwirtschaftlichen Entwicklung gesteuert werden. Der Geldschöpfungsgewinn käme der öffentlichen Hand zugute und nicht länger den Banken. Durch die kontinuierliche Überführung des von privaten Geschäftsbanken in Umlauf gebrachten Geldes in Vollgeld würde sich auch die Chance auf eine weitgehende Staatsentschuldung bieten, da ein Großteil des dem Staat von den Banken „geliehenen“ Geldes gar nicht von Sparern eingesam-

melt, sondern im Rahmen des beschriebenen Prozesses von Banken geschöpft wurde.

Nach langen Jahren des Ignorierens wird das Anliegen der Monetative urplötzlich von maßgeblicher Seite nicht nur wahrgenommen, sondern gar in den höchsten Tönen gelobt! Im August dieses Jahres erschien eine Studie des IWF<sup>19</sup>, in der die beiden IWF-Ökonomen Jaromir Benes und Michael Kumhof finden: Die Gefahr von Bankenkrisen würde eingedämmt und das Wirtschaftswachstum deutlich beflügelt. Wegen all dieser Vorteile sei die Idee eine „höchst wünschenswerte Initiative“.<sup>20</sup> Die Folgen einer Vollgeld-Reform simulierte ein gängiges makroökonomisches Modell, das mit Daten für die US-Wirtschaft gefüttert wurde. Ergebnis: Eine derartige Reform „...würde die Konjunkturausschläge nach oben und unten erheblich eindämmen, Bank-Runs, bei denen besorgte Kunden die Bank stürmen und ihr Geld abheben wollen, vollständig verhindern und zu einer erheblichen Reduzierung der privaten und öffentlichen Schulden führen“<sup>21</sup>, so das Fazit. Das führe zu enormen Wohlstandsgewinnen und die Wirtschaftsleistung steige um bis zu zehn Prozent. Das Handelsblatt titelte begeistert: „IWF-Forscher loben das Vollgeld“.

Die Umsetzung der Vollgeld-Reform ist aber nicht zuletzt deshalb so unerlässlich, weil erst dadurch die Voraussetzung geschaffen wird dafür, dass eine Umlaufsicherung ihre volle Wirkung entfalten kann. Was würde passieren, wenn eine Umlaufsicherung *ceteris paribus*<sup>22</sup> auf unser heutiges noch bestehendes Geldsystem aufgesetzt werden würde?

Eine Beschränkung der Umlaufsicherung auf das Bargeld würde dazu führen, dass das Publikum versucht, vollständig auf bargeldlosen Zahlungsverkehr auszuweichen.<sup>23</sup> Weil es im endogenen Kreditgeldsystem eben nicht so ist, dass Giralgeld nur existiert, weil vorher Bargeld eingezahlt worden ist und Bargeld auch nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Geldmenge ausmacht, wird sich auch nicht etwa automatisch die Umlaufsicherung auf das gesamte Geldsystem ausbreiten. Vielmehr wird das Bargeld in der Tendenz völlig verschwinden und mit ihm die Umlaufsicherung. Anders im Vollgeldsystem:

Hier gibt es keinen systematischen Unterschied zwischen Bargeld und Giralgeld. Alles Geld ist von einer Währungsbehörde emittiertes Geld erster Ordnung. Wird es von einer Umlaufsicherungsgebühr belegt, so gibt es keine Möglichkeit, sich dieser zu entziehen.

Würde die Umlaufsicherung im bestehenden System auf Giralgeld ausgeweitet, so würden die Marktteilnehmer ihre Portfolios dahingehend optimieren, dass sie ihr Giralgeld so weit als möglich zunächst in kurzfristige oder auch täglich fällige Spar- und Termineinlagen umschichten. In unserem endogenen Kreditgeldsystem ist es nun gerade nicht so, dass durch diesen Vorgang Geld an einen Kreditnehmer „durchgereicht“ wird, der dieses zu Konsum- oder Investitionszwecken verwendet. Statt der erhofften makroökonomischen Wohltat handelt es sich nur um einen einfachen Passivtausch der Bankbilanz. Allenfalls ändern sich durch diesen Vorgang die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten der Geschäftsbank, aber nicht deren Fähigkeiten zur Kreditvergabe. Die Wirkung der Umlaufsicherung aber wäre wiederum verpufft. Anders im Vollgeldsystem: Da die Vollgeld-Guthaben außerhalb der Bankbilanzen geführt werden, kommt es bei einer Umwandlung eines Vollgeld-Guthabens in eine Termineinlage bei einer Bank auch nicht mehr zu einem Passivtausch, sondern vielmehr zu einer Verlängerung der Bilanz der Geschäftsbank: Das Vollgeld ist nun in der Kasse der Bank auf der Aktivseite, auf der Passivseite findet sich in selber Höhe die Termineinlage. Bis auf weiteres ist nun die Bank der Umlaufsicherung unterworfen, was sie entsprechend motivieren sollte, das Geld weiterzureichen. Ein Ausweichen innerhalb des Systems ist nicht möglich.

Würde im bestehenden System die Umlaufsicherung nunmehr auf sämtliche Geldvermögen (Spar-, Termineinlagen usw.) ausgeweitet, so käme dies einer Vermögenssteuer gleich. Da diese sich aber nur auf Geldvermögen bezieht, würde dadurch ein Ausweichen in andere Vermögensformen bzw. auch in die Geldhortung im weiteren Sinne (s.o.) regelrecht provoziert. Einmal mehr gilt aber auch in diesem Fall, dass durch die Maßnahme weder die Kreditvergabe-tätigkeit noch -fähigkeit der Geschäftsbanken

positiv oder negativ beeinflusst werden würde. Anders im Vollgeldsystem: Wie im vorigen Fall gibt es auch hier weder für die Banken noch für das Publikum die Möglichkeit, sich der Umlaufsicherung auf Bar- und Giralgeld zu entziehen. Im Hinblick auf die übrigen Geldvermögen würde natürlich ebenfalls die Vermögenssteuer-ähnliche Wirkung gelten, aber im Vollgeldsystem gibt es auch gar keine Veranlassung, die Einbeziehung von Geldvermögen außerhalb von Bar- und Giralgeld in Erwägung zu ziehen, weil sie bereits für Bar- und Giralgeld funktioniert!

Die Umlaufsicherung bedarf, um wirken zu können, eines exogenen Geldsystems. Aber nicht nur deshalb gehören Freiwirtschafts- und Vollgeldreform zusammen: Beide wollen ein exogenes System, in dem alleine dem Staat das Recht auf Geldschöpfung zukommt und beide wollen nicht, dass das Geld seine Entstehung einem Bankgeschäft im Sinne der Kreditvergabe verdankt. Beide wollen, dass das Geld nach Maßgabe einer sorgfältig festgelegten Mengenregel geschaffen wird und anschließend kontinuierlich, gleichmäßig, störungs- und stockungsfrei in der Volkswirtschaft umläuft und, einmal geschaffen, auf unbestimmte Zeit existent bleibt. Und beide wollen, dass Banken nur Geld ausleihen können, das sie vorher aus dem Verkauf von Wertpapieren oder Sachvermögen erhalten oder aber selbst als Kreditnehmer aufgenommen haben.<sup>24</sup>

Es gibt noch viel zu tun. Dass wir wenigstens wissen, was zu tun ist, ist nicht zuletzt auch das Verdienst von 150 Jahren Silvio Gesell.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. im Folgenden Betz, Thomas: War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes?, in: ZFSÖ No. 146, Sept. 2005, S. 13 ff.
- 2 Fisher: „Ich bin nur ein kleiner Schüler des Kaufmanns Gesell.“
- 3 Carnegie Mellon University, Pittsburg.
- 4 Vgl. z.B. Buitter, Willem: Liquidity Traps – Gesell’s Solution, <http://www.willembuiter.com/gesell.pdf>
- 5 Vgl. im Folgenden Mensching, Christopher: Geldhortung als Nachfrageausfall in der Stromgrößen-sphäre, in: ZFSÖ No. 142, Sept. 2004, S. 22 ff.
- 6 Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 302.
- 7 Vgl. im Folgenden auch Betz, Thomas: Keynes’ Bancor-Plan reloaded, in: ZFSÖ No. 164/165, April 2010, S. 38 ff.
- 8 Vgl. Betz 2010, a.a.O.

- 9 Vgl. Bartzsch, Rös, Seitz: Schätzungen des In- und Auslands-  
umlaufs von Euro-Banknoten, ZBW-working-paper, [http://ftdwir  
tschaftswunder.files.wordpress.com/2012/05/rc3b6sl.pdf](http://ftdwir<br/>tschaftswunder.files.wordpress.com/2012/05/rc3b6sl.pdf)
- 10 Ebenda.
- 11 Vgl. im Folgenden Hickel, Rudolf: Die Bargeldschwemme – Da-  
gobert Duck lässt grüßen, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.8.  
2012, S. 18; auch auf der Website [http://www.nachdenkseiten  
.de/upload/pdf/120813\\_rudolf\\_hickel\\_bargeld\\_und\\_dagobert\\_  
duck.pdf](http://www.nachdenkseiten<br/>.de/upload/pdf/120813_rudolf_hickel_bargeld_und_dagobert_<br/>duck.pdf)
- 12 Ebenda.
- 13 Vgl. im Folgenden: Initiativklärung der Monetative, [http://  
www.monetative.de/wp-content/uploads/initiativklarung-  
deutsch-stand-aug-2012.pdf](http://<br/>www.monetative.de/wp-content/uploads/initiativklarung-<br/>deutsch-stand-aug-2012.pdf)
- 14 Vgl. im Folgenden: Betz, Thomas: Geld – Das letzte Rätsel der  
Freiwirtschaftslehre?, in: ZFSÖ No. 147, Dez. 2005, S. 3 ff.
- 15 Siehe [www.monetative.org](http://www.monetative.org), mittlerweile gibt es auch schon  
Partner-Organisationen in der Schweiz, in Österreich, Italien,  
England, Irland, USA, Tendenz steigend.
- 16 Huber, Joseph: Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und  
weniger Staatsquote durch eine neue Geldordnung, Berlin 1998;  
ders.: Reform der Geldschöpfung – Wiederherstellung des staat-  
lichen Geldregals und der Seigniorage durch Vollgeld, in: ZFSÖ  
Folge 142, Sept. 2004, S. 13 ff.; ders.: Geldschöpfung in öffent-  
licher Hand – Weg zu einer gerechten Geldordnung im Infor-  
mationszeitalter, Kiel 2008; ders.: Monetäre Modernisierung –  
Zur Zukunft der Geldordnung, Marburg 2011.
- 17 Initiativklärung der Monetative, a.a.O.
- 18 Vgl. ebenda.
- 19 Benes, Jaromir & Kumhof, Michael: The Chicago Plan Revisited,  
IMF-working-paper WP/12/202, [http://www.imf.org/external/pu  
bs/ft/wp/2012/wp12202.pdf](http://www.imf.org/external/pu<br/>bs/ft/wp/2012/wp12202.pdf)
- 20 Zitiert nach Storbeck, Olaf: IWF-Forscher loben das ‚Vollgeld‘,  
in: Handelsblatt vom 16.08.2012, S. 18.
- 21 Zitiert nach Storbeck, a.a.O.
- 22 Also ohne, dass noch etwas anderes verändert wird.
- 23 Vgl. im Folgenden auch Mensching, Christopher: Umlaufsiche-  
rung und Geldsystem – Zur Notwendigkeit einer doppelten Geld-  
reform, in: ZFSÖ No. 147, Dez. 2005, S. 37 ff.
- 24 Vgl. ebenda, S. 36.

### Keynes Ausblick auf eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

"Wenn ich recht habe in meiner Annahme, dass es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum ergeben werden. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen. ...

John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes  
(dt. Übers. 1936), 6. Aufl. Berlin 1976, S. 182–185.

### Keynes' Kollegin Joan Robinson über Querdenker in der Ökonomie

„Ein sicheres Zeichen einer Krise ist das Vorhandensein von Sektierern. Es ist charakteristisch für Krisen einer Theorie, dass Sektierer von der Öffentlichkeit angehört werden, die die Orthodoxie nicht befriedigen kann. In den dreißiger Jahren hatten wir Major Douglas und sozialen Kredit. ... Die Sektierer und Kritiker florieren, weil die orthodoxen Ökonomen die großen Probleme vernachlässigt haben, die jeder andere als dringend und drohend spürt. ... Ich rede über den offensichtlichen Bankrott der ökonomischen Theorie, die zum zweiten Mal nichts zu sagen hat auf die Fragen, die für alle außer für Ökonomen dringendst einer Antwort bedürfen.“

John Robinson, Die zweite Krise der ökonomischen Theorie (zuerst in der „American Economic Review“ Mai 1972),  
in: Winfried Vogt (Hrsg.), Seminar: Politische Ökonomie – Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie,  
Frankfurt/M. 1973, S. 51–52 und 55.